

10 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Jugendparlaments XXIV. GP

Bericht des Ausschusses des Jugendparlaments

über die Gesetzesvorlage (9 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz geändert wird

Aktuelle Studien haben gezeigt, dass ein hoher Prozentsatz von Jugendlichen, zum Teil schon ab 12 Jahren, Suchtmittel gebraucht. Der Anteil an Jugendlichen, die regelmäßig rauchen, Alkohol und Drogen konsumieren, hat offensichtlich sehr stark zugenommen. Die Bundesregierung sieht sich daher gefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Sie hat daher strengere Vorgangsweisen vorgeschlagen und fordert, dass Schülerinnen und Schüler ab der 8. Schulstufe regelmäßig untersucht werden.

Der Ausschuss des Jugendparlaments hat die gegenständliche Gesetzesvorlage in seiner Sitzung am 28. Mai 2010 in Verhandlung genommen. Die Klubs haben im 1. Teil der Sitzung ihre Standpunkte präsentiert. Die Weißen sprachen sich klar gegen eine Verschärfung aus und forderten mehr Präventionsmaßnahmen schon ab der 5. Schulstufe. Gelb und Türkis sprachen sich für mehr Tests aus. Gelb betonte, dass ab 14 einmal pro Jahr unangekündigt Untersuchungen stattfinden sollten. Gelb, Türkis und Violett hielten fest, dass ihr Anliegen vor allem darin besteht, den Betroffenen Jugendlichen Hilfe zukommen zu lassen.

Im 2. Teil der Sitzung präsentierten die Klubs Abänderungsanträge, die sogleich erläutert werden.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Sarah **Holzer**, Lorenz **Frühwirth**, Damian **Grba**, Viktoria **Rachle**, Gregor **Kury**, Klaudia **Milanovic**, Ina **Somvilla**, Borislav **Starcevic** und Martin **Wiener**

Im Zuge der Debatte hat die Abgeordnete Klaudia **Milanovic (Violett)** einen gesamtändernden **Abänderungsantrag** eingebracht, der eine verpflichtende jährliche Untersuchung auf Suchtgiftgebrauch und weitere unangekündigte Untersuchungen zum Inhalt hat.

Weiters hat die Abgeordnete Sara **Holzer (Gelb)** einen gesamtändernden **Abänderungsantrag** eingebracht, der verpflichtende schulpsychologische Gespräche mit jeder Schülerin und jedem Schüler ab der 4. Schulstufe zum Inhalt hat.

Bei der Abstimmung wurde der in der Gesetzesvorlage enthaltene Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages der Abgeordneten Sara **Holzer** mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der von der Abgeordneten Klaudia **Milanovic** eingebrachte Abänderungsantrag wurde abgelehnt.

Als Berichterstatterin für das Plenum wurde Abgeordnete Chiara **Kumnig** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss des Jugendparlaments somit den **Antrag**, das Jugendparlament wolle den **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2010 05 28

Chiara Kumnig
Berichterstatterin

Dr. Maria-Luise Häusler
Obfrau